Sport darf mit Mitteln aus Sondervermögen gefördert werden

19.06.2025 | Erstellt von DOSB/LSB

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat mit Erleichterung und Freude die Nachricht aufgenommen, dass die Bundesregierung und die Ministerpräsident*innen der Länder am Donnerstag (19. Juni) den Sport als Förderbereich für das 500 Mrd. Euro umfassende Sondervermögen der Bundesregierung aufgenommen haben. In der ersten Fassung der Gesetzentwürfe zur Umsetzung des Sondervermögens war die Sportinfrastruktur noch nicht inbegriffen gewesen.



Marode Sporthalle.
(© CANVA)

"Wir bedanken uns herzlich bei Bundeskanzler Friedrich Merz und den Regierungschefs der Länder, dass sie die Dringlichkeit erkannt und mit der Erweiterung der Förderzwecke gewürdigt haben. Das ist ein sehr wichtiger Schritt für den Sport und damit für viele Menschen in Deutschland", sagte **Volker Bouffier**, Vorstand mit besonderen Aufgaben im DOSB, der intensiv in die Verhandlungen mit der Politik eingebunden war.

"Wir haben in den vergangenen Wochen an vielen Stellen daran gearbeitet und in den

letzten Tagen mit Hilfe der Mitgliedsorganisationen des DOSB und weiterer Partner gemeinsam den Druck erhöht und den Stellenwert des Sports für die Gesellschaft verdeutlichen können. Wir sind froh und dankbar, dass dem nun bei der Umsetzung des Sondervermögens Rechnung getragen wird und sind gespannt, wie insbesondere Länder und Kommunen nun diese Möglichkeiten für den Sport auch in Taten umsetzen“, ergänzte DOSB-Präsident **Thomas Weikert**.

Gerade in Kombination mit Mitteln aus der Bundesmilliarde für den Sport, auf die sich die Regierungskoalitionäre im Koalitionsvertrag verständigt hatte, besteht aus Sicht des DOSB nun die große Chance, die zunehmend in die Jahre gekommene Sportinfrastruktur zu sanieren und sichtbare Verbesserungen für die Menschen vor Ort zu erreichen. Derzeit geht der DOSB auf der Basis einer Kurzexpertise mit den kommunalen Spitzenverbänden von einem Investitionsstau von kommunalen und vereinseigenen Sportstätten in Höhe von mindestens 31 Milliarden Euro aus.